

Für Stabilität und Zusammenarbeit in Europa

Mit unserer parlamentarischen Arbeit im Landtag wollen wir durch verstärkte **landeseigene Europapolitik** auch in Krisenzeiten **Stabilität** gewährleisten und der Ukraine und Israel **zusätzliche Unterstützung** zukommen lassen. Neben einer Gemeinsamen Außen – und Sicherheitspolitik in Europa, bei der die EU eine **gemeinsame diplomatische Sprache** spricht, braucht es gleichzeitig auch auf Landesebene zusätzliche **werte- und interessen geleitete Impulse**.

Demokratische Impulse für mehr Stabilität und Sicherheit

Eine **wertegeleitete und interessenbasierte Europapolitik** muss aus unserer Sicht darauf abzielen, langfristige Beziehungen zu unseren **Verbündeten** aufzubauen und zu pflegen. Doch im **Europabericht der Landesregierung** wird das Thema, inwieweit Baden-Württemberg die Ukraine unterstützt, kaum behandelt: Ob es um **Initiativen, Gespräche** oder sonstiges **Engagement** geht – die Unterstützung der Landesregierung für die Ukraine bleiben völlig unerwähnt. Das bereitet uns Freien Demokraten **ernsthafte Sorgen**. Offensichtlich zielt **Putins Kriegsstrategie** darauf ab, so lange abzuwarten, bis **demokratische Gesellschaften** nicht mehr bereit sind, sich

dem **russischen Imperialismus** zu widersetzen. Allerdings wird aus unserer Sicht der **russische Angriffskrieg** weitergehen: Nur durch **wertegeleitete und interessenbasierte Impulse** kann es **Stabilität in Europa geben!** Schwarz-Grün sollte ihre **Initiativen, Gespräche** und andere **diplomatische Bemühungen intensivieren**, um der freien Ukraine mehr **Stabilität** und **Sicherheit** zu verleihen.

Update der Schweiz-Strategie

Seit Jahren zählt die **Schweiz** zu einem unserer **wichtigsten Partner**. Doch seit der Veröffentlichung vor fünf Jahren hat die Landesregierung versäumt, die **Schweiz-Strategie** an die gegenwärtigen Erfordernisse anzupassen. Wir setzen uns nachdrücklich für ein **Update der Schweiz-Strategie** ein. Ob es um die Weiterentwicklung von **Hochtechnologien**, die Intensivierung von **Hochschulkooperationen** oder die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** im Bereich des Wasserstoffnetzes von Italien über die Schweiz zur Stärkung des grenznahen Wirtschaftsraums geht – Grün-Schwarz muss endlich erkennen, dass Handlungsbedarf in nahezu allen Politikbereichen erforderlich ist.

INITIATIVEN

- » Handels-, Standort- und Subventionspolitik im internationalen Wettbewerb
[Drucksache 17/4197](#)
- » Migration sowie Fach- und Arbeitskräfte aus dem Vereinigten Königreich
[Drucksache 17/4431](#)
- » Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungswesen – Fokus: Schweiz
[Drucksache 17/4589](#)
- » Zusammenarbeit nach der Zeitenwende – Baden-Württembergs Unterstützung für die Ukraine [Drucksache 17/5053](#)

ANSPRECHPARTNER



Alena Fink-Trauschel Mdl
Europapolitische Sprecherin

alena.fink-trauschel@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9270



Julia Goll Mdl
Sprecherin für internationale Politik

julia.goll@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9320



Georg Heitlinger Mdl
Sprecher für Entwicklungspolitik

georg.heitlinger@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9230



Malte Milewski
Parlamentarischer Berater

malte.milewski@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9330

Nein zur europäischen Subventionsspirale

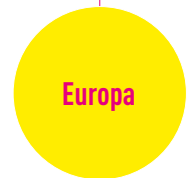
Die milliardenschweren Konjunkturprogramme der EU führen zur Ausweitung staatlicher Subventionen und mehr Schulden. Als FDP-Fraktion sagen wir entschieden Nein zur Subventionsspirale und Schuldenvergemeinschaftung ab!

Die Erwartungen an den **Green Deal**, den **Corona-Wiederaufbaufonds** und den **Green Industrial Plan** waren hoch. Hunderte Milliarden Euro an Zuschüssen und Krediten sollten die **Energiewende** vorantreiben, die **wirtschaftlichen und sozialen Schäden** der **COVID-19-Pandemie mildern** und die **Digitalisierung beschleunigen**. Doch ein geweiteter Blick offenbart, dass die EU in einen **Überbietungswettbewerb** mit China und den USA eingetreten ist, wenn es um die **Verteilung von Subventionen** geht. Dies ist aus wirtschaftspolitischer Perspektive verheerend, da diese immensen Förderungen der EU eine massive Wettbewerbsverzerrung hin zu politisch bevorzugten Unternehmen darstellen, für die am Ende alle zahlen müssen. Darüber hinaus wird die Innovationskraft gemindert, Freihandel erschwert und somit auch die globale wirtschaftliche Entwicklung gehemmt. Währenddessen breitet sich der chinesische Staat mit der Initiative „Neue Seidenstraße“ immer

weiter aus und gewinnt über die Grenzen des eigenen Hoheitsgebietes hinaus immer mehr politischen und wirtschaftlichen Einfluss. Dem sollten wir mit mehr Freihandel und wirtschaftlicher Zusammenarbeit entgegen treten. Für uns als FDP-Fraktion steht daher fest: Die Übersubventionierung der EU ist falsch, der Weg in die Schuldenvergemeinschaftung ein Irrweg und eine Trendwende hin zu allgemein attraktiven Rahmenbedingungen für die Wirtschaft ist unerlässlich!

Die **Landesregierung** hat den Einsatz für dauerhaft gute Standortbedingungen für die gesamte Breite der baden-württembergischen Unternehmen bisher sträflich vernachlässigt. Die Europäische Politik setzt die zentralen Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Wohlstand und Lebenschancen. Deswegen muss gerade die Landespolitik die europäische Gesetzgebung aktiver begleiten und beeinflussen.

ARBEITSKREIS



Europa

ANSPRECHPARTNER

Alena Fink-Trauschel MdL
Julia Goll MdL
Georg Heitlinger MdL

INITIATIVEN

- » Handels-, Standort- und Subventionspolitik im internationalen Wettbewerb [Drucksache 17/4197](#)
- » Trauschel: Europäische Integration zukunftssicher gestalten [Pressemitteilung](#)
- » Trauschel: Landtagsrede zum europapolitischen Bericht vom 2. Februar 2023 [Redebeitrag](#)